



Freitag, 21. März 2025, 14:00 Uhr
~3 Minuten Lesezeit

Die kontinentale Kriegsmaschine

Das einstmalige Friedensprojekt EU ist spätestens mit der gegenwärtigen Explosion der Rüstungsausgaben zu einem Bellizismus-Ungetüm mutiert.

von Chris Veber
Foto: miss.cabul/Shutterstock.com

*Der Parteigenosse von EU-Kommissionschefin Ursula
„Pfizer-SMS“ von der Leyen, der Vorsitzende der*

Europäischen Volkspartei Manfred Weber, hat damit aufhorchen lassen, Europa müsse auf Kriegswirtschaft umstellen. Fast zeitgleich fordern die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas und der EU-Verteidigungskommissar Andreas Kubilius in ihrem Weißbuch zur Verteidigung Europas, die EU-Kommission möge als zentrale Ankaufsstelle für Rüstungseinkäufe der EU-Staaten agieren. Frau von der Leyen, die schon während der Plandemie diskret Dutzende Milliarden per SMS an Pfizer vergeben hat, soll jetzt also Rüstungskäufe von mindestens 800 Milliarden Euro koordinieren? Vergeben wird dann nach der Zahl der ausgetauschten SMS? Was kann da schon schiefgehen?

Mir scheint, der „Tiefe Staat“ hinter der EU lässt in seiner Gier nach Geld und Macht die letzten Masken fallen. Denn um nichts anderes geht es bei der Einführung der Kriegswirtschaft. Wie schon in der Plandemie geht es wieder um Geld und um Macht. Nur dass nicht mehr mit Milliarden an Steuergeldern hantiert wird – jetzt müssen es schon Billionen sein.

Denn Kriegswirtschaft heißt in letzter Konsequenz, die EU-Kommission gibt par ordre du mufti vor, was der Bürger wann erwerben darf. Kriegswirtschaft bedeutet Rationierung. Das war ja eigentlich schon mit den EU-Klimazielen geplant, aber irgendwie scheint die Klimapanik nicht wie gewünscht zu verfangen. Die Bürger fürchten sich zu wenig vor dem Klimawandel, trotz medialer Dauerbeschallung. Dann versucht es der Tiefe Staat eben mit dem Russen. Das hat ja schon einmal funktioniert.

Die Zukunft des europäischen Bürgers sieht in der Welt von Weber und von der Leyen aus wie folgt: Er geht arbeiten, wird durch eine Gesamtsteuerlast von jetzt schon in etwa 70 Prozent des erarbeiteten Einkommens ausgeraubt und geknechtet, wählt den Block der Einheitsparteien Unserer Demokratie™ und geht an die Ostfront sterben.

Dazwischen schreibt ihm die EU-Kommission detailliert vor, wie viel Fleisch er essen, wie weit er fliegen und welches Auto er kaufen darf. Sämtliche Einschränkungen gelten natürlich nicht für die herrschende Kamarilla und ihre Kumpane.

Durchgesetzt wird diese Herrschaft ungewählter Bürokraten und ihrer Begünstigten mit dem Verbot „rechter“, also abweichender Parteien und Kandidaten, wie jetzt schon in Rumänien, gnadenloser Zensur im Namen des EU-Demokratie-Schildes – heißt wirklich so – und des EU Digital Services Act. Natürlich alles nur zu unserem Besten, um uns vor dem bösen Putin zu schützen.

Perfektioniert wird die Kontrolle der Bürger durch eine verpflichtende digitale Identität und eine digitale Regierungswährung. Sie werden gar nicht mehr die Gelegenheit haben, unerlaubt Fleisch zu kaufen.

Ihre digitale Wallet wird einfach keine Zahlung zulassen. Wer das für dystopisch hält, möge sich an die Plandemie und den digitalen Impfpass erinnern.

Es zeigt sich immer mehr, dass die EU vor allem einem Ziel dient: den Bürger möglichst weit von jeder Art von Macht und Einfluss fernzuhalten. Denn in der EU gibt die Kommission die Gesetze und Regeln vor. Und die Kommission wird von keinem Bürger gewählt.

Die Veranstalter unserer Demokratiesimulation halten es offenbar immer weniger für nötig, auch nur den Anschein einer Demokratie

zu wahren.

Ich hätte da eine andere Vision für eine europäische Zukunft anzubieten:

Wir lösen die EU auf und gründen eine Wirtschaftsunion. Alle Gesetze und Regeln, die unser Land betreffen, werden in unserem Land verabschiedet. No legislation without representation. Es darf keine Entscheidungen geben, auf die der steuerzahlende Bürger keinen Einfluss hat.

Die Parteiendemokratie wird abgeschafft, ebenso wie die Parteienförderung und jede Art der staatlichen Medienfinanzierung. Fürs Parlament darf jeder Bürger in seinem Wahlkreis kandidieren, der Gewinner bekommt den Sitz. Der Kanzler wird, ebenso wie hohe Posten in Justiz und Polizei, direkt vom Volk gewählt.

Alle sechs Monate gibt es eine Volksbefragung; fällt die Zustimmung zur Regierungspolitik unter 50 Prozent, folgen Neuwahlen. Und, bevor ich's vergesse, der Bruch von Wahlversprechen wird als schwerer Betrug geahndet.

Ein Ende der staatlichen Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist so selbstverständlich, dass es nicht extra erwähnt werden muss.

Absolute Transparenz gilt in dieser dann echten Demokratie nur für den Staat und alle seine Ausgaben. Nicht für den Bürger, der diese Ausgaben ja finanziert.

Wie gefällt Ihnen diese alternative Vision?



Chris Veber, Jahrgang 1968, ist Ex-Grüner, Ex-Philosoph, Unternehmer und freier Journalist. Er bloggt auf **chrisveber.blogspot.com** (<https://chrisveber.blogspot.com/>).